Titel: Brüssel will Konkurrenz bei Sportwetten

macht Schule | Handelsblatt

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler sollen

- Form und Ausgestaltung des deutschen Marktes für Sportwetten kennen lernen.
- die aktuelle Diskusion um dessen Öffnungt analysieren können.
- an diesem Beispiel erkennen, wie die wirtschaftspolitischen Handlungsmöglichkeiten in Deutschland durch europäische Vorgaben eingeschränkt und welche Ziele hiermit verfolgt werden.

Aufgaben

1) Beschreiben Sie die aktuelle Ausgestaltung des deutschen Marktes für Sportwetten. Welche Marktform ist zu erkennen? Wie stellt sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage dar?
2) In welcher Form beschränkt der Staat den Marktzugang für Anbieter? Welche Gründe werden hierfür von staatlicher Seite angeführt? Wie werden diese Argumente von den Befürwortern einer Marktöffnung bewertet?
3) Wer würde von einer Marktöffnung profitieren, wer hätte Nachteile zu befürchten? Welche ökonomischen Entwicklungen wären im Zuge einer entsprechenden Marktöffnung zu erwarten?
4) Warum schaltet sich die EU-Kommission ein? Inwiefern widerspricht die deutsche Regelung ihrer Ansicht nach europäischen Vertragsgrundlagen? Welche Rolle spielen in diesem Zusammenhang das Urteil des Europäischen Gerichtshofes aus dem Jahr 2003 sowie die noch ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts?
5) Erläutern Sie auf der Basis des vorliegenden Beispiels, wie die nationalen wirtschaftspolitischen Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten durch die europäische Gesetzgebung eingeschränkt und welche Ziele hiermit im Kern verfolgt werden? Finden Sie weitere Beispiele für die Verküpfungen der unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Entscheidungs- und Handlungsebenen in Europa.

© WiGy-Club e.V. Wirtschaft zum Anfassen

Brüssel will Konkurrenz bei Sportwetten

EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland

Die EU-Kommission treibt die Liberalisierung des Glücksspielmarktes in Deutschland voran. Wie ein Sprecher der Behörde bestätigte, will EU-Binnenmarktkommissar Charlie McCreevy in dieser Woche gegen Deutschland ein EU-Vertragsverletzungsverfahren einleiten. Nach Ansicht der Kommission verstößt das staatliche Monopol bei Sportwetten in Deutschland gegen die Dienstleistungsfreiheit im Binnenmarkt. Das Verfahren geht zurück auf eine Beschwerde des Dachverbandes privater europäischer Sportwettenanbieter EBA.

Der Verband wirft Deutschland vor, ausländischen Wettbüros den Zugang zum milliardenschweren Sportwetten-Markt zu verwehren. Glücksspiel liegt in Deutschland in der Hoheit der Bundesländer. Neben dem staatlichen Anbieter Oddset operieren lediglich in Ostdeutschland drei private Wettbüros. Sie profitieren von Sondergenehmigungen, die noch aus DDR-Zeiten stammen. Hingegen arbeiten die zahlreichen privaten Internet-Anbieter in einer rechtlichen Grauzone. Lizenzanträge werden regelmäßig mit dem Verweis auf das staatliche Monopol verweigert. Dagegen geht nun die EU-Kommission vor. Auch in sechs weiteren Ländern will Brüssel die Märkte für das Glücksspiel öffnen.

Das Geschäft mit der Wettleidenschaft ist zunehmend attraktiv. 2004 wurde in Deutschland ein Umsatz von drei Mrd. Euro erzielt. Vor allem österreichische und britische Buchmacher drängen auf den deutschen Markt. Doch das deutsche Glücksspielrecht setzt beim Zocken mit Bundesliagaspielen oder Pferderennen enge Grenzen. Aus Gründen der Suchtprävention gelten private Sportwetten als illegal. So dominiert Oddset, die Sportwetten-Tochter der staatlichen Lotteriegesellschaften, den Markt - zum Leidwesen der Spieler. Denn Oddset muss "Zweckabgaben" an Landessportbünde und wohltätige Organisationen zahlen und schüttet daher schlechtere Quoten aus als die private Konkurrenz.

Doch seit November 2003 wendet sich das Blatt. In einem viel beachteten Grundsatzurteil erklärte der Europäische Gerichtshof (EuGH) die Restriktionen des Staates gegen private Buchmacher für unvereinbar mit dem gemeinsamen europäischen Markt. Denn der Staat kontrolliere das Geschäft mit den Wetten in Wahrheit nicht zum Schutz der Menschen vor der Spielsucht, sondern aus fiskalischen Motiven, hieß es in der Urteilsbegründung.

Seit dem so genannten Gambelli-Urteil des EuGH fechten Rechtsanwälte mehr und mehr Verwaltungsgerichtsentscheidungen gegen private Anbieter an. Demnächst wird sich auch das Bundesverfassungsgericht zu Sportwetten äußern. Die ursprünglich noch für diesen Sommer erwartete Entscheidung wird sich allerdings verzögern. Eine Sprecherin in Karlsruhe sagte dem Handelsblatt, erst zum Jahresende sei mit einer Stellungnahme zu rechnen. Branchenkenner erwarten, dass die Verfassungsrichter die privilegierte Stellung von Oddset, möglicherweise sogar das gesamte Glücksspielmonopol kippen.

Die nun erwartete Einleitung eines EU-Vertragsverletzungsverfahrens durch die Kommission erhöht zusätzlich den Druck auf die deutsche Politik, das Glücksspielrecht zu liberalisieren.

Quelle: Scheerer, M., Handelsblatt, Nr. 131, 11.07.05, 5

© WiGy-Club e.V. Wirtschaft zum Anfassen